



„ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“ – AfD: *ZUM UMGANG MIT GEFÄHRLICHEN BRANDSTIFTERN - OFFENSIVE AUSEINANDERSETZUNG FÜHREN UND HALTUNG ZEIGEN FÜR GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT!*

10 ARGUMENTE UND 10 STRATEGIEN GEGEN DIE AfD

10 Argumente:

1. **Die AfD vertritt menschenfeindliche Positionen.** Wer an der Grenze auf Flüchtlinge, auf Männer, Frauen und Kinder schießen lassen möchte, zeigt eine Gesinnung, wie sie seit Nazizeit und DDR-Grenzregime nicht mehr öffentlich geäußert wurde. Die entsprechenden Äußerungen führender AfD-Größen (Pretzell, Gauland, Petry und Frau von Storch) zeugen sowohl von rechtsstaatlicher Inkompetenz als auch von verfassungsfeindlichen Gewaltphantasien. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dieser Form von Menschenverachtung, fremdenfeindlicher Hetze und der massiven Zunahme von gewalttätigen Anschlägen auf Flüchtlinge und Hilfseinrichtungen.
2. **Die AfD entwickelt sich zur rechtsradikalen Partei.** Den Zustrom von rechtsextremen Personen kann und will die Partei nicht mehr kontrollieren. Die Skandalliste ist lang. Die Oberfläche der AfD hat schon tiefbraune Flecken. Neben Islamhass zeigte sich wiederholt auch Antisemitismus in der Partei. Völkischer Nationalismus ist mittlerweile fester Bestandteil der AfD-Positionen. Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke sagt: „Ich gehe nicht davon aus, dass man jedes einzelne NPD-Mitglied als extremistisch einstufen kann“ (TA 06.05.2014). Höcke formuliert im Nazi-Jargon (FAZ, 16.10.15): „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausendjährige Zukunft hat.“ Mit seinen Äußerungen über das Fortpflanzungsverhalten von Afrikanern und Europäern („lebensbejahender afrikanischer Ausbreitungstyp“) hat Höcke „klaren Rassismus praktiziert“. Zu diesem Ergebnis kommt der Politikwissenschaftler Werner Patzelt von der TU Dresden. Die neue AfD-Führung unter Frauke Petry und Jörg Meuthen hat das noch von Bernd Lucke angestrebte Parteiausschlussverfahren gegen Höcke gleichwohl gestoppt. Genauso wie bei Dubravko Mandić (AfD-Schiedsgericht Baden-Württemberg). Bei Facebook machte dieser schon mehrfach deutlich, wo er steht. Zitat: „Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützer-Umfeld, nicht so sehr durch Inhalte.“ Wiederholt bezeichnete er US-Präsident Obama rassistisch als „Quotenneger“.

3. **Die Politikvorschläge der AfD sind ökonomisch inkompetent und unsozial.** Gerade in Deutschland wären Wachstum und Arbeitsplätze extrem gefährdet, würde die AfD mit ihrer fundamentalistischen Euro-Ablehnung Einfluss erhalten. Die AfD tritt gegen die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an. Was viele nicht wissen und worüber die AfD nicht gerne öffentlich redet: Die AfD lehnt den Mindestlohn strikt ab. Frauke Petry wörtlich zum Mindestlohn: „Jobkiller-Gesetz“.
4. **Die AfD ist europafeindlich.** Im Programm von Frauke Petrys Landesverband Sachsen heißt es: „Die AfD arbeitet auf Einführung von permanenten Personen- und Güterkontrollen an deutschen Außengrenzen hin: Die Auflösung der stationären Grenzkontrollen, bedingt durch das Schengener Abkommen, entspricht nicht dem Sicherheitsbedürfnis der sächsischen Bevölkerung.“ Die Wiedereinführung von Schlagbäumen an den Binnengrenzen wäre das Ende des Europas, wie wir es heute kennen und zugleich ein fundamentaler ökonomischer Anschlag auf Wachstum und Wohlstand. Hunderttausende Arbeitsplätze würden vernichtet werden. Europa muss demokratisch reformiert und nicht durch Nationalismus und Kleinstaaterei ruiniert werden.
5. **Die AfD ist ökologisch rückwärtsgewandt.** Viele Funktionäre leugnen den Klimawandel und die gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahre. Außerdem will die AfD die Förderung der Erneuerbaren Energien insbesondere durch das EEG komplett abschaffen (z.B. Europawahlprogramm, Wahlprogramm AfD Mecklenburg-Vorpommern). Die Laufzeiten von Atomkraftwerken sollen massiv verlängert werden.
6. **Die AfD hat ein reaktionäres Bild von der Rolle von Frauen und wendet sich gegen Gleichstellungspolitik.** Weniger als 15 Prozent der Mitglieder sind Frauen. Zugleich agiert die Partei offensiv antifeministisch, spricht sich gegen den sogenannten „Gender-Wahn“ und Quotenregelungen aus und propagiert ein ultrakonservatives bzw. reaktionäres Familienbild. AfD-Vize Beatrix von Storch möchte, dass Kinder zuhause unterrichtet werden dürfen. Ihre Initiative Familien-Schutz meint: „Recht und Freiheit der Familie, die im Naturrecht begründet sind, finden nicht mehr die selbstverständliche Achtung, die ihnen zukommen.“ AfD-Chefin Frauke Petry legte einst Volksabstimmungen über ein Verbot von Abtreibungen nahe. In ihrer Parteisatzung hat die AfD gerade verboten, dass sich Frauen in einer eigenen Vereinigung organisieren dürfen. Statt „Gender-Mainstreaming“ fordert Marc Jongen (stv. Sprecher AfD BaWü) „Erziehung zur Männlichkeit“.
7. **Die AfD ist chauvinistisch und homophob.** Die AfD schürt nicht nur Ressentiments gegen Migranten oder religiöse Minderheiten, sondern vor allem auch gegen Homosexuelle. Die AfD ist strikt gegen die Homo-Ehe. In Thüringen möchte die AfD z.B., dass Homosexuelle vom Staat gezählt werden. Die AfD-nahe Initiative „Familienschutz“ (Sprecherin Beatrix von Storch) behauptet auf ihrer Website, Ziel heutiger Bildungspolitik sei, dass die Kinder „lernen, »Regenbogenfamilien« nicht zu »diskriminieren« und eigene homosexuelle Neigungen zu suchen, um sie zu fördern.“ Sie kritisiert wörtlich: „Ministerien und Schulen arbeiten offen mit schwulen und lesbischen Initiativen und Organisationen zusammen.“
8. **Die AfD ist behindertenfeindlich.** In den bildungspolitischen Aussagen nahezu aller Landesverbände findet sich die strikte Ablehnung der Inklusion von Behinderten. Bezeichnend war die behindertenfeindliche Äußerung des ehemaligen sächsischen AfD-Vizes Thomas Hartung zu einem spanischen Lehrer mit Down-Syndrom (bekannt aus dem Film „Me too“). Hartung auf Facebook: „Wo soll das hin-

führen, wenn es als normal gezeigt wird?“

9. **Die AfD hat keine Lösungen.** Auch drei Jahre nach Gründung hat die AfD noch kein Parteiprogramm. Die Sammelbeckenstrategie der AfD führt dazu, dass Extremisten, politisch Gescheiterte, Frustrierte, Querulanten, Egoisten, Intriganten und Karrieristen die politische Arbeit prägen. Konstruktive Vorschläge: Fehlanzeige. Die AfD lebt von Ressentiments, die sie schürt, Substanz hat sie keine. Ihre bisherige parlamentarische Arbeit ist von Peinlichkeiten und Inkompetenz geprägt. Der Hamburger AfD-Fraktionschef Jörn Kruse z.B. nimmt gerade eine Auszeit und begleitet seine Frau für drei Monate nach Stanford und bekommt weiter ca. 8000 Euro monatlich. Das scheint jedoch die glühenden Anhänger nicht zu stören, obwohl sie gerne die Fehler der „Altparteien“ kritisieren. Alexander Gauland (Spiegel 12.12.15): „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise“; „Man kann diese Krise ein Geschenk für uns nennen. Sie war sehr hilfreich.“
10. **Die AfD ist keine normale Partei.** Sie ist ihren rechtspopulistischen und neoliberalen Gründern entglitten. Ex-AfD-Chef Lucke meint, die AfD sei nun der „Schmutzfänger auf der rechten Seite.“ Hans-Olaf Henkel bereut, mitgeholfen zu haben, ein „richtiges Monster zu erschaffen“.

Was tun? Aufgaben der politischen Kommunikation

Die AfD-Rechts-Populisten und –Extremisten leben vom gewachsenen Misstrauen gegenüber Politik und Medien. Ihr Stil ist die Konfrontation, der kalkulierte Tabubruch („Man wird doch noch mal sagen dürfen...“). Sie konstruieren einen doppelten Gegensatz von Unten/Oben (Das „Volk“ gegen die korrupten „Altparteien“, die „Lügenpresse“ oder die Europa-Bürokratie) und „Wir“/“Die“ (Das „Volk“ gegen Migranten/Muslimen/Homosexuelle usw.). Sie immunisieren sich: jegliche Kritik ist ja in ihren Augen nur typisch für den Block der etablierten Kaste aus Medien und „Altparteien“.

Der Umgang mit der AfD unterliegt einem Dilemma: Einerseits nutzt die offensive Debatte durch Steigerung der Aufmerksamkeit der populistischen Strategie und der Verbreitung zum Teil dumpfer Ressentiments. Umgekehrt dient die Verweigerung der Debatte als angeblicher Beleg für die Unterdrückung politischer Diskussion. Dabei kann sich die AfD über mangelnde Berichterstattung nicht beschweren. Und eigentlich ist es die AfD, die die konkrete Debatte verweigert. Sie hat kein Parteiprogramm und lebt alleine von Ängsten in der Bevölkerung, dem Verbreiten von Halbwahrheiten oder Falschmeldungen und dem Schüren von Ressentiments in der Flüchtlingskrise. Offene Auseinandersetzung ist also richtig und wichtig. Es gilt dabei zugleich das Strafgesetzbuch. Mit Volksverhetzern und Verfassungsfeinden muss niemand diskutieren.

Patentrezepte im Umgang mit Rechtspopulismus gibt es keine. Politik und Gesellschaft müssen sich auf eine anstrengende und längerfristige Auseinandersetzung einstellen. Es gibt jedoch sinnvolle und wirksame Handlungsmöglichkeiten.

10 Handlungsstrategien:

1. **Klug und ruhig Agieren.** Populisten gieren nach Aufmerksamkeit und provozieren gerne. Daher ist „Cool bleiben“ die angemessene Haltung. Funktionäre der AfD werden sich kaum inhaltlich beeindrucken lassen. Auch aggressive Protestwähler, die die pure Lust an der Provokation antreibt, sind keine Adressaten unserer Politik. Wir müssen uns um die Verunsicherten kümmern und auf ihre verständlichen Sorgen antworten.
2. **Sachliches argumentieren.** Gerade bei für Populisten attraktiven Themen sollte man inhaltlich vorbereitet sein und Handlungsfähigkeit zeigen, ohne Rechtspopulisten nach dem Mund zu reden. Punkt für Punkt müssen die Forderungen der Populisten widerlegt werden. Ihre Problemdarstellungen sind von ihren Schlussfolgerungen sauber zu trennen. Es gilt, reale Probleme anzuerkennen und gleichzeitig zu sagen, was wirklich der Fall ist – beim Thema Flüchtlinge bzw. Zuwanderung ebenso wie bei Themen wie Kriminalität oder Euro und Europaskepsis.
3. **Klar machen: wir handeln.** Viele Menschen sind deshalb für die Parolen der AfD anfällig, weil ihnen der Eindruck vermittelt wird, Bundes- und Landespolitik würden nicht oder nur unzureichend handeln. Deshalb ist es wichtig klarzumachen, wie und wo wir konkret handeln: z.B. durch die Asylpakete I und II, europäische Maßnahmen zur Verlangsamung des Flüchtlingszuzugs, Bekämpfung der Fluchtursachen, Integration der Flüchtlinge in Deutschland.
4. **Beobachten und aufklären.** Die Skandalliste der AfD wird täglich länger, die Widersprüche in Programmfragen nehmen zu, die Konflikte zwischen Personen, Basis und Führung wachsen. Der parlamentarische Auftritt der AfD-Abgeordneten zeigt bereits, dass es der Partei nicht um Problemlösung geht. Enttäuschung und Entzauberung werden folgen.
5. **Werte und Zivilcourage leben.** Wenn es um Hetze gegen Schwächere geht, müssen zivilgesellschaftliche und politische Akteure Haltung zeigen für ein tolerantes und freizügiges Miteinander - vor Ort, in Deutschland und in Europa. Politiker müssen dahin gehen, wo die Probleme hautnah spürbar sind – gerade auch außerhalb von Wahlkämpfen. Zum Glück ist die Solidarität und Zivilcourage in unserem Land in den letzten Jahren enorm gewachsen und stabil verankert. Die praktische Willkommenskultur der vielen Tausend vor Ort in der Flüchtlingskrise engagierten Menschen (gerade auch vieler mit „Migrationshintergrund“) sind ein Vorbild für gesellschaftlichen Zusammenhalt und pragmatische Lösungen statt Ideologie.
6. **Gefühle nicht unterschätzen.** Angst, Neid, Wut, Verachtung und Hass sind die gefährlichen Motivlagen bei vielen Pegida- oder AfD-Anhängern. Politik muss auf Angst (z.B. vor Abstieg) und Verunsicherung in der Gesellschaft mit einem glaubwürdigen und erneuerten Sicherheitsversprechen reagieren. Dabei kann keine Garantie für alle Lebenslagen gemeint sein und auch kein vollständiger Schutz z.B. vor Terror. Aber ein starker Staat muss Sicherheit in einem umfassenden Verständnis garantieren: von der Sicherheit einer guten Bildung und Ausbildung, über Sicherheit der Beschäftigung, Sicherheit der Altersversorgung oder bei Gesundheit und Pflege, bis hin zu der größtmöglichen Sicherheit vor Kriminalität und Terror.

Demokratische Programmparteien müssen ihre Werteorientierung auch jenseits der Sonntagsreden emotional erlebbar halten. Die Legitimität der demokratischen Verfahren, die Integrität der handelnden Personen und die Fähigkeit zur Selbstkritik zeichnen wertgebundene demokratische Politik aus. Dann sehen Populisten und Extremisten schlecht aus.

7. **Klare Aussprache.** Eine klare, nachvollziehbare Sprache muss am Alltag und dem gesunden Menschenverstand der Leute anknüpfen. Häufig liegt es an der Sprache und an Begrifflichkeiten, wenn Menschen den Eindruck gewinnen, Politik und Parteien hätten sich von ihnen entfremdet. Eine möglichst lebendige und voraussetzungsfreie Sprache ist das beste Mittel gegen diese Wahrnehmungen.
8. **Alltagsorgen ernstnehmen.** Menschen werden empfänglich für rechte Parolen, wenn sie den Eindruck gewinnen, „die Politik“ nehme ihre Alltagsorgen nicht ernst. Es ist daher notwendig zu unterstreichen: Wir machen Politik für *alle* Menschen in diesem Land - beim Wohnungsbau ebenso wie beim Schutz vor Gewalt und Kriminalität und im Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir befassen uns mit Kernfragen des Zusammenlebens, mit dem Alltag der Menschen. Thematische Profilierung bringt Alternativen ans Tageslicht und dämpft mittel- und langfristig vorhandene Ressentiments. Das stärkt die Demokratie und schwächt den Populismus. Kernfrage ist: Wie halten wir die Gesellschaft zusammen? Und wer übernimmt dafür Verantwortung nach dem Wahltag?
9. **Authentisch sein.** Sympathisches, glaubwürdiges, „populäres“ Führungspersonal stärkt politisches Vertrauen. Politikerinnen und Politiker mit Rückgrat und Haltung sind Vorbilder einer Kommunikation, die im besten Sinne populär aber nicht populistisch ist.
10. **Allianzen schmieden und Bildung.** Die SPD sollte Bündnisse und Netzwerke bilden und demokratische Öffentlichkeit schaffen: Nicht nur die SPD ist ein klarer Gegner rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Parteien. Auch Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Sozialverbände, Kirchen, Stiftungen, NGOs, Integrations- und Stadtteilinitiativen und viele weitere gesellschaftliche Akteure sind sich der Gefahren des Rechtspopulismus und Rechts-Extremismus bewusst. Auch die Medien spielen eine große Rolle bei der Beobachtung und Bewertung. Rechtspopulismus ist kein Problem der Parteien, sondern ein Problem der gesamten Gesellschaft. Der wichtigste Schutz vor rechtsextremer Einstellung und geradezu ein Immunisierungsfaktor gegen rechtspopulistische Strategien ist Bildung, gerade auch politische Bildung.